

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der SPD

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 13/2967 -

Beschlüsse der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio umsetzen - Lokale Agenda 21 fördern - Perspektiven für das 21. Jahrhundert eröffnen

1. Der Landtag stellt fest:

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro haben sich über 170 Staaten gemeinsam auf das Dokument der Agenda 21 verpflichtet. Darin wird eine Verbindung zwischen ökologischen, ökonomischen, sozialen und entwicklungspolitischen Zielen und der Weg hin zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung formuliert, die sowohl auf lokaler, nationaler und globaler Ebene wie auch in zeitlicher Dimension, d. h. unter Einbeziehung der nachfolgenden Generationen, angesiedelt ist. Unter dem Oberbegriff Lokale Agenda hat sich in der Folge ein Politikansatz herausgebildet, der insbesondere auf ein erweitertes Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, auf die verstärkte Einbeziehung sozialer Aspekte, auf eine nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden unter Einbeziehung der internationalen Dimension und ohne die Anliegen von Einzel- und insbesondere frauenspezifischen Belangen aus den Augen zu verlieren, zielt.

2. Der Landtag begrüßt, dass in Rheinland-Pfalz inzwischen ein breites Netz vielfältiger und ganz unterschiedlicher Aktivitäten auf kommunaler Ebene bereits besteht und im Entstehen ist.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die breit angelegte Informations- und Motivationskampagne der Landeszentrale für Umweltaufklärung zum Agenda-Prozess weiterhin verstärkt in die Kommunen zu tragen.
Dabei sollen die bereits bestehenden erfolgreichen Anstrengungen gebündelt und die kommunalen Gebietskörperschaften mit Beratung sowohl zur Aufstellung von Programmen wie auch zu deren Umsetzung in allen Phasen unterstützt werden,
- in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden Information und Vernetzung der Kommunen untereinander zu fördern,
- insbesondere die Kooperation mit Kammern und Verbänden weiterhin auszuweiten,
- Fachtagungen in Kooperation mit Umweltverbänden und anderen Partnern (z. B. Gewerkschaften, Kammern, Fachverbänden, Kirchen, Hochschulen, Volkshochschulen, Frauenorganisationen) durchzuführen und insbesondere Veranstaltungen und Projekte in Schulen zu unterstützen,

- Aspekte des Agenda-Konzeptes in den Prozess der Modernisierung der Landesverwaltung einzubeziehen,
- ein Agenda-Konzept zur Einbeziehung und engen Zusammenarbeit aller Ministerien der Landesregierung zu erarbeiten,
- bei der Zuweisung von Fördermitteln des Landes an die kommunalen Gebietskörperschaften diese aufzufordern, die Grundsätze der „Nachhaltigkeit“ zu integrieren,
- alle zwei Jahre einen Bericht über die Ergebnisse der landesweiten Umsetzung sowie über die Ergebnisse der Länderarbeitsgemeinschaft der Agenda-Verantwortlichen vorzulegen.

Für die Fraktion:
Joachim Mertes